

Gesundheitspolitik neu denken

Vorstandssitzung der BLZK im Mai in München

Die Bundestagswahl im September wirft ihre Schatten voraus. Es gilt, die Positionen der Zahnärzteschaft in Politik und Öffentlichkeit zu tragen. Der Vorstand der Bayerischen Landes Zahnärztekammer verabschiedete dazu in seiner Mai-Sitzung ein Positionspapier. Ferner wurde das seit Langem vorbereitete Pilotprojekt zur Patientenaufklärung auf den Weg gebracht.

Unter dem Titel „Gesundheitspolitik neu denken – Argumente der Bayerischen Landes Zahnärztekammer zur Bundestagswahl am 27. September 2009“ sind zentrale Forderungen und Kritikpunkte zusammengefasst.

BLZK: Kritik und Forderungen

Freiberuflichkeit stärken: Es gilt, alle Eingriffe in die freie Berufsausübung auf den Prüfstand zu stellen. Zahnarztpraxen sollen auch in Zukunft ausschließlich von Zahnärzten betrieben werden, gleiches gilt für Medizinische Versorgungszentren. Hierzu fordert die BLZK eine entsprechende Änderung des bayerischen Heilberufe-Kammergesetzes.

Selbstverwaltung: Das Selbstverwaltungs-Modell der Heilberufe hat sich bewährt und soll erhalten bleiben. „Überall dort, wo der Staat die Selbstverwaltung missbraucht, um in die freie Berufsausübung einzugreifen, ist dieses Modell zum Scheitern verurteilt“, mahnt die BLZK.

Kollektivvertragssystem: Einkaufsmodelle und Selektivverträge werden abgelehnt. „Nur eine starke Gemeinschaft von Berufsträgern wird als Vertragspartner der Krankenkassen ernst genommen. Ein Kollektivvertragssystem setzt nicht zwingend die Existenz von Körperschaften des öffentlichen Rechts voraus“, heißt es in der Positionierung.

Kostenerstattung und Festzuschüsse: Im Hinblick auf die Förderung der Selbstbestimmung der Patienten fordert die BLZK die Verbesserung der Wahlfreiheit bei der Entscheidung für die geeignete Versicherungsart – also privat oder gesetzlich. Dies gilt ebenso für das System der Kostenerstattung. Dieses sollte in Verbindung mit der Kostenerstattung ausgeweitet und auch in anderen Leistungsbereichen angewandt werden.

Angemessene Honorierung: Bei der Vorlage einer neuen Gebührenordnung wird die künftige Bundesregierung aufgerufen, eine angemessene Honorierung zahnärztlicher Leistungen sicherzustellen. Der von der Großen Koalition vorgelegte Referententwurf wird abgelehnt. Der Gesetzgeber müsse sich an den Vorschlägen der deutschen Zahnärzteschaft für eine wissenschaftsbasierte Zahnmedizin orientieren.

Fortbildung – Bachelor und Master – Approbationsordnung: Fortbildung ist ein besonderes Merkmal freiberuflicher Tätigkeit: „Von der Politik erwarten wir daher eine Rücknahme der gesetzlichen Zwangsf Fortbildung. Fortbildung ist und bleibt zentrales Anliegen der zahnärztlichen Selbstverwaltung“, so das Positionspapier. Bachelor- und Master-Strukturen in der Ausbildung zum Zahnarzt werden weiterhin abgelehnt. Auch zukünftig müsse das Staatsexamen die Voraussetzung für die Erteilung der Approbation sein. Forderung ist, die neue Approbationsordnung für Zahnärzte umgehend in Kraft zu setzen. Außerdem wird die Verbesserung der Qualität der akademischen Ausbildung in der Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde dringend angemahnt.

Pilotprojekt wird realisiert

Das seit Längerem vorbereitete „Patientengespräche-Pilotprojekt“ kann umgesetzt werden. Der Vorstand gab dazu den Startschuss. Das unter Federführung von Dr. Walter Leidmann, Referent Gutachterwesen/Patientenberatung der BLZK, mit Unterstützung von Dr. Michael Schmiz, Referent Neue Praxisformen der BLZK, und Ulrike Nover, Stabsstelle Prophylaxe, Patientenberatung und Printmedien der BLZK, entwickelte Konzept drohte aufgrund der schwierigen Haushaltssituation zu scheitern, obwohl die Vorarbeiten komplett abgeschlossen waren. Eine Reihe von Zahnärztlichen Bezirksverbänden erklärte sich bereit, die ersten Pilotveranstaltungen vor Ort zu finanzieren. Die noch bei der Kammer verbleibende Deckungslücke wird aus den Haushaltsmitteln für die Öffentlichkeitsarbeit finanziert. Die Teilnahme an Publikumsmessen wird deshalb für dieses Jahr ausgesetzt.